

HELMUT DAHMER

»Ohne Geld keine Revolution.
Und auch keine Edition ...«

CHRISTOPH JÜNKE: Bei der Diskussion um das Erbe der Oktoberrevolution und des Stalinismus werden noch immer die Alternativen der Linken Opposition und Trotzki kaum mitbedacht. Warum ist diese Alternative nicht präsent? Warum wird unter linken Intellektuellen stattdessen nur über die »Linie Luxemburg-Gramsci« diskutiert, unter Ausklammerung der Position Trotzki's?

HELMUT DAHMER: Das müssen wir realistisch, das heißt historisch sehen. Trotzki's Rolle in der Revolution, als Vorsitzender des Petrograder Arbeiterrats, Organisator des Oktoberaufstands und der Roten Armee, wird in jedem Artikel über die Ereignisse von 1917 erwähnt. Der »Rest« seiner Theorie und Praxis liegt außerhalb des Interesses und der Kenntnis. Rosa Luxemburg und Antonio Gramsci hatten nicht direkt Anteil an der russischen Revolution. Luxemburg, die die Oktoberrevolution enthusiastisch begrüßte und die undemokratische Selbstbehauptungspolitik der Bolschewiki attackierte, ist im Januar 1919 in Berlin erschlagen worden. Gramsci engagierte sich für die Dritte Internationale, gründete 1921 die KPI, lebte anschließend zwei Jahre in der Sowjetunion, ging 1924 nach Italien zurück, wurde aber schon 1926 verhaftet und verbrachte (bis zu seinem Tod im Jahre 1937) elf Jahre im Gefängnis. Leben und Schriften Luxemburgs und Gramscis sind ungleich weniger mit dem Projekt »Russische Revolution und Komintern« verknüpft, als das bei Trotzki der Fall ist. Über Trotzki's spätere Schicksale, über seine theoretische und organisatorische Praxis in den Jahren 1923-1940, ist im allgemeinen wenig bekannt, abgesehen davon, daß er im August 1940 im mexikanischen Exil von einem Agenten Stalins (Ramon Mercader) ermordet wurde.

CHRISTOPH JÜNKE: Aber es müßte doch eigentlich ein großes Interesse an Trotzki geben, weil gerade er gezwungen war, sich mit dem Niedergang der Revolution und mit dem daraus resultierenden Regime auseinanderzusetzen. Luxemburg und Gramsci konnten das nicht. Luxemburg ist viel zu früh umgekommen, Gramsci war im Kerker. Man geht der Auseinandersetzung mit dem sich stalinsierenden Regime aus dem Wege, wenn man sich auf die Linie Luxemburg-Gramsci zurückzieht.

HELMUT DAHMER: Das ist richtig. Und das hängt damit zusammen, daß von den heutigen »Linken«, speziell von den westdeutschen,

Helmut Dahmer – Jg. 1937, Prof. Dr. phil. habil.; studierte Soziologie, Philosophie und Literaturwissenschaft in Bonn, Göttingen und Frankfurt a.M. Er lehrt Soziologie an der TH Darmstadt. Von 1968 bis 1991 redigierte er die psychoanalytische Monatszeitschrift PSYCHE. Seit 1988 gibt er eine zehnbändige Ausgabe von Schriften Leo Trotzki's heraus. Publikationen u.a.: Pseudonatur und Divergenz (1994); Divergenzen (1996).

Überarbeitete Fassung eines Interviews, das Christoph Jünke mit Helmut Dahmer führte.

sozialwissenschaftlich geschulten Intellektuellen, keiner so richtig weiß, was er sich unter der »Linken Opposition« vorstellen soll. Danach befragt, lautet die Antwort vielleicht: »Ich glaube, das waren die Trotzlisten und so«; im günstigen Fall wird hinzugefügt: »Die haben irgendwelche nicht-Stalinischen Vorstellungen über Industrialisierung entwickelt.« Von der IV. Internationale glaubt man zu wissen, daß es sich um einen dubiosen, zerstrittenen Geheimbund ohne politische Bedeutung handelt. Daß mehr nicht in die Köpfe gedrungen ist, ist vor allem die Folge der Jahrzehnte lang anhaltenden stalinistischen Diffamierung Trotzki's und des Trotzismus und der (daraus resultierenden) Nichtverfügbarkeit seiner Texte. Nur Spezialisten beschäftigen sich heute noch mit den Komintern-Publikationen aus den zwanziger Jahren. Nur in den Buchregalen von 68'ern finden sich noch die Feltrinelli-Reprints von vor dreißig Jahren, ob gelesen, ob nicht gelesen. Zur Geschichte der »Linken Opposition« erschien damals u.a. eine nützliche, aus der Komintern-Presse zusammenkopierte, fünfbandige Dokumentation im Verlag Olle und Wolters. Aber ich kenne keinen heute lehrenden Soziologen, der auch nur einen dieser Bände gelesen hätte. Das (russische) Bulletin der Opposition (das 1929-1941 in 87 Ausgaben erschienen ist) wurde nie ins Deutsche übersetzt. Ebensovienig Trotzki's ausführliche Darstellung seiner politischen Theorie und Praxis vor der (von dem amerikanischen Philosophen John Dewey geleiteten) Untersuchungskommission, die (auf Betreiben Trotzki's) im April 1937 einen »Gegenprozeß« zu den Moskauer Schauprozessen veranstaltete (The Case of Leon Trotsky). Wirkliche Kenntnisse vermitteln die dreibändige Trotzki-Biographie von Isaac Deutscher, die in den Jahren 1954-1963 erschienen ist und später ins Deutsche übersetzt wurde, und die 1988 veröffentlichte Biographie von Pierre Broué, von der eine deutsche Übersetzung im ISP-Verlag herauskommen soll. Aber diese umfangreichen Arbeiten gehören nicht zur »normalen« Lektüre von Intellektuellen, sondern nur zur Pflichtlektüre von Spezialisten...

CHRISTOPH JÜNKE: Im Herbst 1998 sollen die beiden ersten von vier Teilbänden der Trotzki-Schriften zur Linken Opposition und zur IV. Internationale veröffentlicht werden. Worin bestand »linke« Alternative zur Stalinisierung der Revolution?

HELMUT DAHMER: Da muß man etwas ausholen und auf die Ursprünge dieser Revolution zurückgehen. Die relative wirtschaftliche Schwäche des Zarenreichs lähmte seine Kriegsmaschinerie eher als die der anderen kriegführenden Mächte. Die enormen Spannungen zwischen den sozialen Klassen eines rückständigen, ungleichmäßig entwickelten Landes, die sich schon 1905, nach dem verlorenen Krieg gegen Japan, in einer Revolution entladen hatten, führten auch 1917 wieder zu einer politischen Revolte. Die Armee, kriegsmüde Bauern in Uniform, meuterte, strömte von der Front zurück und begann mit der Lösung der Agrarfrage auf eigene Faust. Die landhungrigen, bewaffneten Bauern fanden einen städtischen Verbündeten und eine städtische Führung in dem minoritären, aber in Großbetrieben (wie den Putilow-Werken) kon-

»Die Partei hat den Staatsapparat geschaffen und kann ihn auch wieder neu errichten, solange es sie gibt. Aber wenn es nur den Staatsapparat gibt und nicht die Partei, wird der Staatsapparat die Partei nicht schaffen.«
Leo Trotzki: Die Aufgaben des 12. Parteitag's der KPR (5. April 1923), in: Trotzki Schriften. Linke Opposition und IV. Internationale 1923-1926, Bd. 3.1.

»Als wir, nachdem wir die Elementargewalt des Marktes von der Kette gelassen hatten, merkten, daß diese Elementargewalt sich recht bescheiden ausnimmt, begannen wir, nach dem richtigen Verhältnis zwischen der planerischen Prognose und der Koordination der Arbeiten der staatlichen Wirtschaftsorgane einerseits und der spontan wirkenden Arbeit des Marktes andererseits zu suchen... Wenn wir keinen Wirtschaftsplan ausarbeiten, ihn nicht überprüfen und regulieren, ihn nicht im Prozeß der Ausführung überarbeiten, dann zerbrechen unser Transportwesen und unsere Schwerindustrie. Natürlich würde die Schwerindustrie mit Hilfe des Marktes in 10 bis 20 Jahren wiedererstehen, dann aber schon als eine privatkapitalistische Industrie. Darin liegt das Wesen der Sache, Genossen.«
 Leo Trotzki: Rede auf dem 12. Parteitag über die Industrie (20. April 1923), in: Ebenda.

zentrierten Proletariat und in dessen politischen Parteien. Das Programm der Revolution lautete: »Frieden sofort!« und »Das Land den Bauern!« Keine der Provisorischen Regierungen zwischen März und November 1917 war bereit, dies Programm zu dem ihren zu machen und es als ein Sofortprogramm zu realisieren. Einzig die bolschewistische Minderheit, eine Partei von (im April 1917) 40.000 Mitgliedern, versprach, eben diese Forderungen zu ihrem Regierungsprogramm zu machen, und eroberte im Laufe des Sommers mit diesem Versprechen die Mehrheit in den städtischen Räten (Sowjets), den basisdemokratischen Massenorganisationen, die zu den Provisorischen Regierungen in Konkurrenz traten und ihnen schließlich die Macht streitig machten. Aus dieser »Doppelherrschaft« erwuchs die dritte Losung der Oktoberrevolution: »Alle Macht den Räten« (bzw. »Nieder mit den kapitalistischen Ministern«). Der bolschewistisch dominierte II. Gesamtrussische Rätekongreß, der am 7. November 1917 zusammentrat, sanktionierte den bewaffneten Aufstand gegen die Kerenski-Regierung und legalisierte (mit dem Dekret über die Nationalisierung des Bodens) die bäuerliche Landnahme. Der vom Sowjetkongreß eingesetzte, aus Bolschewiki und linken »Sozialrevolutionären« zusammengesetzte »Rat der Volkskommissare« war ganz und gar von der Unterstützung der aufständischen Massen abhängig; hätten sie Petrograd nicht gegen die anrückenden konterrevolutionären Truppen verteidigt, hätte die Oktoberrevolution ein rasches Ende gefunden. Die Revolutionsregierung unterstützte auch die Kontrollmaßnahmen der Belegschaften in den Betrieben (die »Arbeiterkontrolle über die Produktion«). Doch erst im Zuge der militärischen Verteidigung der Revolution gegen die »weißen« Armeen und die sie unterstützenden Interventionstruppen der imperialistischen Mächte wurden weitgehende antikapitalistische Maßnahmen ergriffen, unterstellte das revolutionäre Regime die Banken, die Betriebe, das Transportsystem, den Handel und die Presse seiner Kontrolle.

Der bewaffnete Aufstand gegen die Regierung Kerenski, die letzte der Provisorischen Regierungen des Revolutionsjahres 1917, war das Projekt einer Minderheit – zunächst auch nur einer Minderheit unter den Bolschewiki. Die (sozialdemokratische) Mehrheit der russischen und der internationalen Arbeiterbewegung teilte die Einschätzung des »orthodoxen« Marxisten Karl Kautsky, der den Aufstand für ein unverantwortliches, gefährliches Abenteuer hielt und im Hinblick auf die Rückständigkeit des Landes prognostizierte, daß der gegen den »weißen« Terror (der Konterrevolution) gerichtete »rote« Terror schließlich in eine »Staatsklaverei« münden werde.

Die klarste Prognose und theoretische Rechtfertigung der Oktoberrevolution stammte von Trotzki, dem spiritus rector des Petersburger Arbeiterrats von 1905, der 1906 im Gefängnis seinen erst sehr viel später berühmt gewordenen Essay über die Permanenz der Revolution in Rußland schrieb. Darin fand sich der Schlüsselsatz, das Proletariat könne unter bestimmten Umständen in einem wenig entwickelten Land die Staatsmacht früher als in hochentwickelten kapitalistischen Staaten erobern. Und genau das geschah im November 1917.

Nachdem sich die russische Räteregierung – anders als ihre Vorgängerin, die Pariser Commune von 1871 – mit Hilfe der von Trotzki organisierten Roten Armee in einem dreieinhalbjährigen Bürgerkrieg behauptet hatte, der im Frühjahr 1921 mit einem »Pyrrhussieg« (Deutscher), der blutigen Niederschlagung des antibolschewistischen Kronstädter Aufstands, endete, befand sich die durch und durch militarisierte bolschewistische Partei im Alleinbesitz der politischen Macht. 1917 waren die Bolschewiki davon überzeugt, ihre Aktion sei nur ein Vorspiel zur westeuropäischen Revolution: »Wir halten hier nur einen Vorposten der internationalen Revolution und warten Tag für Tag und Jahr um Jahr darauf, daß die deutschen und dann die übrigen westeuropäischen Arbeiter uns zuerst politisch-militärisch und dann wirtschaftlich und technisch zu Hilfe kommen.«

Spätestens im Jahre 1923 aber mußten die Bolschewiki sich (nach dem Scheitern des »deutschen Oktober«) eingestehen, daß die europäische Arbeiterrevolution, die dem Weltkrieg ein Ende gemacht hatte, nirgendwo außer in Rußland zum Siege, d.h. zur Etablierung einer »Arbeiterregierung« geführt hatte, daß also die russische Revolution auf Jahre hinaus isoliert bleiben würde. Die bolschewistische Parteiführung aber, die 1921 die »Fraktionsbildung« illegalisiert und damit die innerparteiliche Demokratie – die letzte verbliebene Insel demokratischer Willensbildung und Kontrolle – entscheidend eingeschränkt hatte, verfügte nun – als eine »Avantgarde ohne Klasse« (Schljapnikow), das heißt ohne Impulse und Kontrolle »von unten« – über eine ungeheure Machtfülle. »Im Namen« des Proletariats kommandierte sie in Staat und Staatswirtschaft und sicherte sich gegen die innere und die äußere Konterrevolution durch den Aufbau eines gewaltigen Repressionsapparats.

Welche Möglichkeiten gab es, das grundlegende Problem einer isolierten Revolution in einem wirtschaftlich zurückgebliebenen Land zu lösen, das heißt: den Rückstand der Arbeitsproduktivität und der Pro-Kopf-Produktion im Verhältnis zu den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern in kurzer oder in mittlerer Frist aufzuholen? Einem Gleichnis Trotzki zufolge mußte das bolschewistische Rußland versuchen, einen Schnellzug mit einem Güterzug einzuholen. (Als die Wirtschaft der UdSSR dann, nach Jahrzehnten und nach der Aufopferung von vielen Millionen Menschen, endlich selbst einem D-Zug vergleichbar war, verfügten die kapitalistischen Konkurrenten, um im Bilde zu bleiben, längst über einen ICE...) Trotzki schrieb: »Wir verfügen über zwei Hebel. Einen kurzen – in Gestalt unserer eigenen wirtschaftlichen Anstrengungen. Auf diesem Felde müssen wir versuchen, unter dem Schutz des staatlichen Außenhandelsmonopols, planmäßig eine rasche industrielle Entwicklung in Gang zu bringen. Diese muß von Anfang an den verbündeten sozialen Klassen, die das revolutionäre Regime stützen, zugutekommen. Nur so läßt sich das Bündnis der städtischen Industriearbeiter mit der Bevölkerungsmehrheit, den (genossenschaftlich organisierten) armen Bauern, aufrechterhalten. Industrialisierung und landwirtschaftliche Modernisierung können durch Besteuerung der wohlhabenden Bauern (»Kulaken«) und durch Exporte finanziert werden. Sollte das funktionieren,

»Der Bolschewik ist nicht nur ein Mensch der Disziplin, nein, er ist ein Mensch, der gründlich nachdenkt, sich zu jeder Frage eine feste Meinung erarbeitet und diese mutig und unabhängig nicht nur im Kampf gegen die Feinde, sondern auch innerhalb der eigenen Organisation verteidigt. Heute ist er in seiner Organisation in der Minderheit. Er ordnet sich unter, denn es ist seine Partei. Aber das bedeutet natürlich nicht immer, daß er unrecht hätte. Vielleicht hat er nur früher als andere eine neue Aufgabe gesehen oder die Notwendigkeit einer Wende erkannt. Beharrlich wird er die Frage ein zweites, ein drittes, ein zehntes Mal aufwerfen.«

Leo Trotzki: Der neue Kurs (8. Dezember 1923), in: Trotzki Schriften. Linke Opposition und IV. Internationale 1923-1926, Bd. 3.1.

»Wenn die kapitalistische Produktion in den nächsten Jahren und Jahrzehnten einen neuen, mächtigen Aufschwung nehmen sollte, dann hieße das, daß wir, der sozialistische Staat, zwar die Absicht haben, vom Güterzug auf einen Personenzug umzusteigen, und das auch tatsächlich zuwege bringen, daß wir aber in Wirklichkeit einen Schnellzug einholen müßten. Einfacher gesagt: Das hieße, daß wir uns in der grundlegenden historischen Einschätzung geirrt hätten. Das würde bedeuten, daß der Kapitalismus seine historische ›Mission‹ noch nicht erschöpft hat, daß die sich entwickelnde imperialistische Phase keineswegs die Phase des Verfalls des Kapitalismus, seiner Konvulsionen und seiner Fäulnis ist, sondern nur die Voraussetzung einer neuen Blüte. Es ist völlig klar, daß unter den Bedingungen einer neuen, langjährigen europäischen und weltweiten kapitalistischen Wiedergeburt der Sozialismus in einem rückständigen Land unmittelbar mit den größten Gefahren konfrontiert wäre. Gefahren welcher Art? Ein neuer Krieg, den auch diesmal das durch den Aufschwung ›befriedete‹ europäische Proletariat nicht verhindern könnte, ein Krieg, in dem unser Feind über ein kolossales technisches Übergewicht verfügte? Eine Flut von kapitalistischen Waren, die ungleich besser und billiger als die unsrigen sind, von Waren, die das Außenhandelsmonopol und danach auch andere Grundlagen der sozialistischen Wirtschaft sprengen? Das ist dann eigentlich schon eine zweitrangige Frage. Leo Trotzki: Kapitalismus oder Sozialismus? (/. November 1925), in: Ebenda.

werden wir – solange wir uns lediglich auf die sowjetischen Ressourcen stützen können und unter dem Druck des kapitalistischen Weltmarkts und der imperialistischen Armeen stehen – den Wettlauf mit den kapitalistischen Wirtschaften verlieren. Der zweite, längere, wirksamere »Hebel«, über den wir verfügen, ist der der revolutionären Außenpolitik...« Es gelte also, alles daran zu setzen, mit Hilfe der Außenpolitik des sowjetischen Staates und der Kominternsektionen einen Ausbruch zu versuchen, sei es nach Osten, nach China, sei es nach Westen, nach Deutschland, England oder Spanien...

Mit diesem (Leninschen) Programm standen Trotzki und die Linke Opposition eigentlich schon 1923/24 allein.

Die stalinistische Alternative dazu war eine propagandistisch-terroristische. Seit dem Herbst 1924 behauptete die Stalin-Fraktion, der Aufbau des »Sozialismus« sei auch in einem rückständigen, isolierten Lande (wie der Sowjetunion) möglich – unabhängig von der Entwicklung der internationalen Revolution. Die Stalin-Politik der nächsten drei Jahrzehnte war der Versuch, die neue, autarkistische Doktrin terroristisch umzusetzen. Das Land wurde wirtschaftlich, militärisch und kulturell abgeriegelt; Generationen von Arbeitern, Bauern und Intellektuellen wurden für eine mühsam beschleunigte Industrialisierung verschlissen. Kautskys Prognose bewahrheitete sich: Die nominell »herrschenden« Klassen wurden einem drakonischen Regime unterworfen; im »Archipel GULag« fronten viele Millionen von Zwangsarbeitern. Führung und Bevölkerung warteten derweil auf bessere Zeiten: auf den Tag, an dem das kapitalistische Weltsystem sich in unlösbare Krisen verwickeln und »zusammenbrechen« würde. Dann werde der sowjetische Staat (bzw. der von der Sowjetunion dirigierte »Block«) mit seiner planmäßig entwickelten Produktivität im Vergleich zu den krisengeschüttelten kapitalistischen Industriestaaten seinen Bürgern ein Mehr an Sicherheit und Wohlstand bieten können und den »Wettlauf der Systeme« gewinnen. Dies utopistische Programm hat Chruschtschow, der stalinistische Reformers des bürokratischen Regimes, noch im Jahre 1961, auf dem 22. Parteitag der KPdSU, erneuert (»die heutige Generation wird im Kommunismus leben«...).

CHRISTOPH JÜNKE: Das hört sich so an, als wären Trotzki und die Linke Opposition wirklich das, was ihnen so oft vorgehalten wurde - frühe stalinistische Industrialisierer einerseits, Exporteure der Revolution andererseits. Wo liegen die Unterschiede?

HELMUT DAHMER: Fangen wir mit dem zweiten, mit dem Etikett vom »Weltrevolutionär auf Teufel komm' raus« an. Der Gedanke, die Revolution notfalls auch militärisch zu »exportieren«, lag für die isolierte bolschewistische Führung nahe. Der gescheiterte Polenfeldzug im Jahre 1920 war (unter anderem) ein Versuch, zu den revolutionären deutschen Arbeitern durchzubrechen. Auch bei der Kooperation mit der Reichswehr (nach Abschluß des deutsch-sowjetischen Rapallo-Vertrags), bei der Waffenhilfe für die türkischen Kemalisten oder bei der Unterstützung des (totgeborenen) deutschen Oktoberaufstandes von 1923 – durch die Entsendung

von militärischen Instruktoren – ging es um verzweifelte Versuche, aus der politisch-wirtschaftlichen Isolation herauszukommen. Che Guevaras militärische Aktionen zur Unterstützung bzw. zur Schaffung von revolutionären Bewegungen im Kongo und in Bolivien waren also nichts Neues. Dergleichen gehörte auch zur sowjetischen und Komintern-Politik der zwanziger und dreißiger Jahre.

Der Gegensatz der Linken Opposition zur Stalin-Fraktion, wahrlich eine Todfeindschaft, beruhte zunächst auf der unterschiedlichen Einschätzung der Möglichkeiten hochindustrialisierter (Deutschland) und ökonomisch zurückgebliebener Gesellschaften (China), mit Systemkrisen fertig zu werden. Die Antwort der Linken Opposition war: Im 20. Jahrhundert lassen sich auch traditionell bürgerlich-kapitalistische Aufgaben – die Zerschlagung des Großgrundbesitzes, die Durchsetzung der Volkssouveränität, die nationale Selbstbestimmung, die ökonomisch-kulturelle »Modernisierung«, die Demokratisierung und die Verwirklichung der Menschenrechte – nur (vollständig) lösen, wenn eine andere Klasse, die Bevölkerungsmehrheit des Stadt- und Landproletariats, sich dieser Aufgaben annimmt.

Die internationale Politik der zunächst noch inhomogen zusammengesetzten Stalinfraktion (die sich durch periodische »Säuberungen« allmählich in einen »Monolithen« verwandelte) diente im wesentlichen dem Hinauszögern eines Krieges durch Aufrechterhaltung des Status quo. Zu diesem Zweck wurden Sozialrevolutionen verhindert oder gelähmt, indem die (in Abhängigkeit gehaltenen und »gesäuberten«, also stalinisierten) nationalen kommunistischen Organisationen gezwungen wurden, in von bürgerlichen Parteien dominierte Bündniskoalitionen, sogenannte »Volksfronten«, einzutreten – wie im China der zwanziger und im Frankreich oder Spanien der dreißiger Jahre. Dieselbe Funktion erfüllte der von der Moskauer Führung oft nach dem Scheitern einer »Volksfront«-Politik angeordnete Kurs der »ultralinken« Abkapselung kommunistischer Parteien, die sie unfähig machte, sich mit anderen Arbeiterorganisationen zu kampffähigen Einheitsfronten zusammenzuschließen. So ermöglichte die (von Thälmann, Remmele und Neumann geführte) KPD den Nazis einen kampflosen Sieg, indem sie in den Jahren 1929 bis 1933 die Sozialdemokratie zu ihrem »Hauptfeind« erklärte, statt mit den nichtkommunistischen Arbeiterorganisationen eine Einheitsfront gegen die Rechte zu bilden. Die Politik der Komintern-Führung und der Komintern-Sektionen war – seit der sogenannten »Bolschewisierung«, das heißt seit der Gleichschaltung der kommunistischen Parteien in den zwanziger Jahren – von der Außenpolitik des sowjetischen Staats unter stalinistischer Führung abhängig.

Die Tausende von Seiten, die Trotzki und andere linke Kommunisten gegen diese Politik geschrieben haben, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: In hoch- wie in unterentwickelten Ländern müsse die organisatorische und konzeptionelle Selbständigkeit der (international zusammengeschlossenen) kommunistischen Arbeiterorganisationen verteidigt werden, die, solange sie in der Minderheit sind, vor der Aufgabe stehen, die in konkurrieren-

»Grobheit und Illoyalität gehen mit Feigheit Hand in Hand. Unsere Plattform wird geheimgehalten. Richtiger: Man versucht, sie geheimzuhalten. Was bedeutet die Furcht vor der Plattform? Das ist klar: *Die Furcht vor der Plattform ist die Furcht vor den Massen.*«

Leo Trotzki: Die Furcht vor unserer Plattform (23. Oktober 1927), in: Trotzki Schriften. Linke Opposition und IV. Internationale 1927-1928, Bd. 3.2.

»Lenin sprach von Grobheit und Illoyalität; das sind längst nicht mehr nur persönliche Eigenschaften, sondern Charakteristika der herrschenden Fraktion, ihrer Politik und ihres Regimes. Es geht dabei nicht um Äußerlichkeiten. Der Glaube an die Allmacht der Gewalt – sogar der eigenen Partei gegenüber – ist vielmehr das Hauptkennzeichen des gegenwärtigen Kurses.«
Ebenda.

den Arbeiterorganisationen reformistischer oder anarchistischer Prägung organisierten Arbeiter zu einer Einheitsfront zusammenzuschließen und sie zum Aufstand zu führen.

Zweifellos hätten sich die in den zwanziger, dreißiger und vierziger Jahren in verschiedenen Ländern bestehenden sozialrevolutionären Potentiale allenfalls mit Hilfe einer solchen Politik, wie sie die internationalistischen Revolutionäre vertraten, aktualisieren lassen. Und eben darum hatte Stalins GPU den Auftrag, »Trotzkisten« und ihresgleichen zu verfolgen und zu vernichten, wo immer ihr das möglich war – in Moskau und in Workuta, in Barcelona und in Paris, in New York und in Coyoacan (Mexiko).

Nun zu der Frage nach den Unterschieden zwischen einer (möglichen) Politik à la Trotzki und der ruinösen Realpolitik Stalins. Nach 1945 hat in (West-)Deutschland u.a. Willy Huhn die These vertreten, es habe zu Stalin keine Alternative gegeben (außer der, das gescheiterte Experiment Sowjetunion abzubrechen); Trotzki sei demnach nur ein »gescheiterter Stalin« gewesen... Zuletzt habe ich dies »Argument« noch einmal vor ein paar Wochen von Robert Steigerwald gehört, der (im Rahmen einer Podiumsdiskussion über die Oktoberrevolution) behauptete, Stalin habe eigentlich nur die Bauernpolitik in die Tat umgesetzt, die Trotzki vorgeschlagen habe. Das ist natürlich Unsinn. Kein Marxist vor Stalin und seiner Gruppe, weder Trotzki, noch Bucharin, hat jemals einen Bürgerkrieg gegen einen Großteil der Bauernschaft erwogen oder praktizieren wollen, – und eben darum handelte es sich ja bei der Zwangskollektivierung während des 1. Fünfjahresplans. Die Marxisten verstanden genug von Ökonomie, um einzusehen, daß dadurch die Existenz des nachrevolutionären Regimes überhaupt in Frage gestellt und die bäuerliche Produktivkraft auf Generationen hinaus zerstört würde. Und sie verstanden genug von der Politik, um zu wissen, daß die Parteidiktatur sich nach einem solchen Krieg gegen die Bevölkerungsmehrheit in eine Despotie verwandeln würde.

Wie sah nun das von der Linken seit 1923 vorgeschlagene Wirtschaftsprogramm aus? Sie plädierten für die probeweise Entwicklung flexibler Wirtschaftspläne; für eine zügige Industrialisierung, finanziert durch eine angemessene Besteuerung der wohlhabenden Schichten der Bauernschaft und durch Exporte (Preobraschenski), geschützt durch das Außenhandelsmonopol. Die Wirtschaftspolitik des Arbeiterstaats sollte ein von konjunkturellen Krisen freies Wirtschaftswachstum gewährleisten, die Stellung der Arbeiterklasse stärken, ihren Lebensstandard kontinuierlich erhöhen. Und sie sollte sich für die bäuerliche Mehrheit des Landes »auszahlen«, um das 1917 geschlossene Bündnis (die »Smytschka«) zwischen der städtischen Arbeiterschaft, den kleinbürgerlich-bäuerlichen Schichten auf dem Land und der Dorfarmut zu stabilisieren. Die planwirtschaftlich beschleunigte, nachholende Industrialisierung sollte die technischen Voraussetzungen (Traktoren, Düngemittel) für eine allmählich sich entfaltende Genossenschaftsbewegung auf dem Lande schaffen und unter der demokratischen Kontrolle reaktiver Arbeiter- und Bauernräte vonstatten gehen.

Das russische Proletariat des Jahres 1917 hatte sich binnen fünf

Jahren durch Flucht aufs Land, Tod im Bürgerkrieg und durch sein Aufgehen in der neuen Staats- und Verwaltungsbürokratie als soziale Klasse mehr oder weniger aufgelöst. Die überlebenden Arbeiter-Sozialisten der Vorkriegszeit und die Veteranen der Revolution und des Bürgerkriegs gingen in dem unter der »Neuen Ökonomischen Politik« (NEP) und der Neo-NEP aus der Bauernschaft rekrutierten neuen Proletariat unter. Die sowjetische Arbeiterschaft war der bolschewistischen Staatspartei (und ihren Fraktionen) kein Partner mehr, geschweige denn ein Widerpart. Der vom Parteisekretariat rekrutierte und gesteuerte, von der Geheimpolizei überwachte (und periodisch »gesäuberte«) Funktionärskader der KPdSU – mit dem Zentraldespoten und seiner Gang an der Spitze – behauptete sich jahrzehntelang (während des heißen und während des kalten Krieges) erfolgreich als einziger politischer Akteur der Sowjetgesellschaft. Schon in den zwanziger Jahren fungierte nur eine kleine Minderheit der reproduzierten sowjetischen Arbeiterklasse noch als eine »Klasse für sich«. An diese Minderheit appellierten die verschiedenen kommunistischen Oppositionsgruppen in und außerhalb der KPdSU in den Jahren vor der Errichtung der Stalin-Despotie (1937). Diese politikfähige Minderheit des Proletariats fiel dann ebenso wie die kommunistischen Oppositionellen dem Massenterror zum Opfer, der von oben durchgepeitschten Industrialisierung und Zwangskollektivierung der dreißiger Jahre folgte.

Als die Stalin-Fraktion das Land (nach dem Bruch mit der von Bucharin geführten Parteirechten) von Panik ergriffen in das Abenteuer des 1. Fünfjahresplans stürzte, das heißt, 5 Jahre zu spät und autokratisch die Industrialisierung in Angriff nahm, warnte der helllichtige Christian G. Rakowski (der bis 1934 die Linke Opposition in der Sowjetunion anführte), ein solcher Versuch, einen Teil des Leninschen und des oppositionellen Wirtschaftsprogramms ohne dessen politische Voraussetzungen zu realisieren – sich also statt Lenins Programm »Sowjetmacht plus Elektrifizierung« auf eine »Elektrifizierung ohne Sowjetmacht« zu beschränken –, müsse zu einem Desaster führen, »zum Einsturz des ganzen sozialistischen Baus«.

Im (späteren) stalinistischen Wirtschaftssystem wurden Produktionsmittel – worauf Ernest Mandel in Debatten über den Charakter der stalinistischen Sowjetunion hingewiesen hat – marktfrei akkumuliert. Das Geld spielte im Sektor der Produktionsmittelproduktion als Wertmesser kaum mehr eine Rolle. Trotzki trat Zeit seines Lebens unter Berufung auf das institutionelle Erbe der Oktoberrevolution, die verstaatlichten Produktionsmittel, dafür ein, den Sowjetstaat gegenüber seinen imperialistischen Gegnern zu verteidigen (und im Zuge dieser Verteidigung Stalins Despotie zu stürzen). Seine Charakteristik der stalinistischen Sowjetunion lautete (1936): In diesem System gehören die Produktionsmittel dem Staat; der Staat aber gehört der Bürokratie. Daß der Staat der Bürokratie gehörte und sie vermöge des Staates autokratisch über die Produktionsmittel verfügen konnte, verhalf der Partei- und Staatsbürokratie zu einer irreversiblen Übermacht über das in den dreißiger und vierziger Jahren aus der Landbevölkerung rekrutierte neue Industrieproletariat, das zahlenmäßig die Arbeiterschaft

»Die Personenauswahl durch das Sekretariat, die Apparat-Gruppierung der Stalin-Leute verselbständigte sich unabhängig von der politischen Linie. Deshalb gab Lenin, sein Ausscheiden aus der politischen Arbeit vor Augen, der Partei seinen letzten Rat: Entfernt Stalin (aus dem Amt des Generalsekretärs), denn er kann die Partei zur Spaltung und in den Untergang führen. Die Partei hat von diesem Rat nicht rechtzeitig erfahren; ein sorgfältig ausgewählter Apparat hat ihn verheimlicht. Die Folgen davon haben sich in ihrer ganzen Größe vor uns aufgetürmt. Die führende Fraktion glaubt, sie könne mit Gewalt alles erreichen. Das ist ein kardinaler Fehler. Die Gewalt kann eine bedeutende revolutionäre Rolle spielen. Aber nur unter der Bedingung, daß sie der richtigen Klassenpolitik untergeordnet bleibt.«
Ebenda.

»Die Produktivkräfte sind mit einem nationalen Rahmen nicht vereinbar... Die Produktivkräfte der kapitalistischen Länder passen schon längst nicht mehr in den Rahmen des Nationalstaats. Aber eine sozialistische Gesellschaft kann man nur auf der Basis der fortgeschrittensten Produktivkräfte aufbauen, auf der Elektrifizierung, auf der Chemisierung der Produktionsprozesse, auch in der Landwirtschaft, auf der Kombination, der Verallgemeinerung und der Fortentwicklung der avanciertesten gegenwärtigen Technik. Seit marx wiederholen wir, daß der Kapitalismus nicht in der Lage ist, mit den von ihm gerufenen Geistern der neuen Technik fertigzuwerden, die nicht nur die privatrechtliche Hülle des bürgerlichen Eigentums, sondern auch, wie der Krieg von 1914 zeigte, den nationalen Rahmen des bürgerlichen Staates sprengt. Der Sozialismus soll aber vom Kapitalismus nicht nur die höchstentwickelten Produktivkräfte übernehmen, sondern sie auch unverzüglich weiterentwickeln, steigern und ihnen eine im Kapitalismus nicht gekannte Entfaltung ermöglichen. Wie kann nun aber der Sozialismus, so fragt man sich, die Produktivkräfte in den Rahmen des Nationalstaates zurücktreiben, wenn sie schon unter dem Kapitalismus ungestüm aus ihm ausgebrochen sind? Oder sollen wir auf die ›ungezügelter‹ Produktivkräfte verzichten, denen es im nationalen Rahmen und folglich auch im Rahmen der Theorie des Sozialismus in einem einzelnen Land zu eng ist, und uns auf die gezähmten, sozusagen heimischen Produktivkräfte beschränken, d.h. auf eine

der Revolutionszeit weit hinter sich ließ. Die jahrzehntelang währende Mangelwirtschaft und die sie sichernde bürokratische Herrschaft (in ihrer terroristischen und in ihrer »liberalisierten« Variante), vor allem aber der politische Genozid der dreißiger Jahre hat, das sowjetische Proletariat dauerhaft gelähmt, das heißt, als eine politikfähige soziale Klasse ausgeschaltet. Zu einer antibürokratischen, politischen Revolution gegen die »usurpatorische« (oder »substitutionalistische«) Bürokratie kam es in der Nachkriegszeit zwar an der Peripherie des »sozialistischen« Blocks (in der DDR, in Ungarn, der CSSR und Polen), nie aber in dessen Zentrum, der UdSSR. Auch in den letzten Jahren der Sowjetunion gab es zwar Defensivstreiks, bei denen vereinzelt auch politische Forderungen erhoben wurden, es fanden sich aber keine proletarischen Verteidiger der Staatsindustrie, die willens und in der Lage gewesen wären, diese, sieben Jahrzehnte nach der Revolution, in eigene Regie zu übernehmen, das heißt, sich selbst zu einer real herrschenden Klasse zu machen.

CHRISTOPH JÜNKE: Hat Trotzki dem nicht Rechnung getragen, als er Ende der 30er Jahre zwar noch zur Verteidigung der Sowjetunion aufrief, aber zunehmend darauf insistierte, daß aus der UdSSR keine Erneuerung mehr zu erwarten sei, nur noch vom Westen?

HELMUT DAHMER: Auch die IV. Internationale hat in bezug auf die Sowjetunion in der Erwartung gelebt, daß der nichtkapitalistisch organisierte Zentralsektor der sowjetischen Ökonomie – günstige internationale Verhältnisse vorausgesetzt – die Reproduktion eines zur politischen Revolution fähigen SU-Proletariats begünstigen werde. Dem entsprach das Festhalten an dem Terminus »bürokratisch entarteter Arbeiterstaat«, wenn es um die soziologische Charakteristik des stalinistischen und nachstalinistischen Rußland ging.

CHRISTOPH JÜNKE: Welches Licht wirft der Zusammenbruch des ehemaligen »realen Sozialismus« auf die trotzkistische Bewegung, die sich nie richtig entfalten konnte?

HELMUT DAHMER: Seit 1923, das heißt seit dem sowjetischen Thermidor, war die Sowjetunion nur noch potentiell ein »Arbeiterstaat«. Die These, die Arbeiterklasse sei zwar aktuell durch die usurpatorische Bürokratie (und deren politische Agentur: die stalinisierte KPdSU) entmachtet, habe aber wegen der noch existenten nichtkapitalistischen Wirtschafts- und Lebensformen eine reale Chance, wieder an die Macht zu kommen, war – mindestens seit dem Massenterror der dreißiger Jahre – unrealistisch.

Aber auch die Hoffnung, das quantitativ wachsende Weltproletariat werde in absehbarer Zeit imstande sein, die Basis-Institutionen der kapitalistischen Gesellschaft durch revolutionäre Intervention zu ändern und eine nachkapitalistische Weltordnung herbeizuführen, die den Individuen mehr Wohlstand, Freiheit, Gleichheit und Partizipation garantiert, als es die höchstentwickelten kapitalistischen Gesellschaften (zu ihrer besten Zeit) vermochten, also ein Leben ohne Mangel, Krieg und staatliche Repression, ist enttäuscht

worden. Das enorme quantitative Wachstum der freien Lohnarbeiterschaft im Weltmaßstab ist bisher nicht in eine neue Qualität des politischen Handelns umgeschlagen. In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts hat es keinen Versuch zur Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft gegeben, der einen Vergleich mit der Pariser Commune (1871), mit den russischen Revolutionen von 1905 und 1917, mit der deutschen Novemberrevolution von 1918 oder mit der spanischen Revolution von 1936 aushielte. Mit dem Zweiten Weltkrieg sind wir in eine Phase der Entwicklung der bürgerlichen Weltgesellschaft eingetreten, in der es keine international organisierte, revolutionäre Arbeiterbewegung mehr gibt. (Die 1938 ins Leben gerufene IV. Internationale ist deren Platzhalter.) Die spektakulären Nachkriegs-Revolutionen in China, Jugoslawien und Kuba, die antikolonialistischen Aufstände und Befreiungskriege (von Algerien bis Vietnam) haben das Erlöschen einer revolutionären Arbeiter-Massenbewegung in den hochentwickelten kapitalistischen Industriestaaten verdeckt. Auch die Fortexistenz der nachstalinistischen Sowjetunion (und des von ihr dominierten Blocks strukturell assimilierter Staaten) und ihre außenpolitischen Bemühungen um Selbsterhaltung (von der Alimentierung »befreudeter« Parteien bis zu »Stellvertreterkriegen«) haben den Sachverhalt verschleiert, daß dem quantitativen Wachstum der internationalen Arbeiterklasse bisher kein Zuwachs an Spontaneität, Selbstorganisation und Interventionsmacht entspricht. Zu fürchten ist, daß dem schwarzen 20. ein ebenso finsternes 21. Jahrhundert folgt, daß es also in den vor uns liegenden Jahrzehnten nicht weniger Krisen, Kriege und Massaker geben wird als in den hinter uns liegenden. Die Unterdrückten und die »Modernisierungs-Verlierer« werden darauf immer wieder, bald in hoch entwickelten, bald in unterentwickelten Ländern, mit Protesten und Massenstreiks, mit Aufständen und Guerillakriegen antworten. Durchaus möglich sind in den nächsten Jahren auch vereinzelte Erfolge der Linken, sei es ein Wahlsieg der Arbeiterpartei (PT) in Brasilien, sei es eine Ausweitung der Chiapas-Bewegung auf ganz Mexiko. Was sich aber im Vergleich zu der Situation von vor 1914 oder vor 1945 geändert hat, ist zum einen, daß der Versuch, im unterentwickelten Rußland eine Art Brückenkopf des Weltsozialismus zu errichten und zu verteidigen, infolge des Ausbleibens der Revolution in den Zentren der kapitalistischen Entwicklung in Terror und Stagnation untergegangen ist. Zum anderen, daß hinter uns 70 bis 80 Jahre siegreicher (faschistischer, imperialistischer, nationalistischer, militärischer und stalinistischer) Konterrevolutionen liegen. Und daß es (infolgedessen) keine kampffähige, antikapitalistische Arbeiter-Internationale mehr gibt, also keinen Verbund revolutionärer oder auch reformistischer Massenorganisationen, der als Gegengewicht zum internationalen »Finanzkapital« ernstzunehmen wäre. Eine aktive, internationale, antikapitalistische Arbeiterbewegung ist für die jetzige Generation nur noch ein Traum und eine Legende.

Technik der ökonomischen Rückständigkeit?
 Leo Trotzki: Kritik des Programmentwurfs für die Kommunistische Internationale (28. Juni 1928), in: Trotzki Schriften. Linke Opposition und IV. Internationale 1927-1928, Bd. 3.2.

CHRISTOPH JÜNKE: Weil es keine Gruppe von Leuten mehr gibt, die in der Lage wäre, die realen Klassenkämpfe in einer solchen Richtung zu politisieren?

»Bekannte Komintern-Vertreter argumentieren folgendermaßen: Natürlich ist die Theorie des Sozialismus in einem einzelnen Land unhaltbar; aber sie gibt den russischen Arbeitern unter schwierigen Verhältnissen eine Perspektive und hebt ihren Mut. Es ist schwer, den intellektuellen Niedergang von Leuten zu ermesen, die von einem Programm nicht eine wissenschaftlich begründete Orientierung der Klasse erwarten, sondern moralische und erbauliche Theorien, die im Widerspruch zu den Tatsachen stehen, gehören in das Reich der Religion, nicht in das der Wissenschaft. Die Religion aber ist das Opium des Volkes.«
Ebenda.

HELMUT DAHMER: Die Autoren des »Kommunistischen Manifests« setzten (vor 150 Jahren) auf den Dialog zwischen (kommunistischen) Minderheiten, »die sich zum Verständnis der gesamten Entwicklung heraufgearbeitet haben«, und Lohnarbeiter-Massen, die eine Orientierung suchen und aufgrund praktischer Erfahrungen allmählich solchen Minderheiten ihr Vertrauen schenken. Auch die Bolschewiki und die in der Kommunistischen Internationale zusammengeschlossenen Organisationen waren solche Minderheiten, die darauf hofften und politisch darauf hinarbeiteten, das sozialistische Maximalprogramm in ihrer Zeit mehrheitsfähig zu machen. Heute gibt es keine solchen Organisationen. Es gibt nur die kleinen Gruppen, die der IV. Internationale angeschlossen sind oder mit ihr konkurrieren, und versprengte Organisationen mit ähnlicher (revolutionär-marxistischer bzw. libertär-sozialistischer) Orientierung in diesem und jenem Lande, dieser und jener Provinz, dieser und jener Stadt, untereinander zerstritten wie eh' und je. Aber die »Klasse für sich«, ein national oder international der Selbstorganisation fähiges Proletariat, auf das diese politischen Minderheiten sich beziehen, an das sie sich wenden könnten und das ihnen einen Rückhalt böte, sehe ich nicht.

CHRISTOPH JÜNKE: Ist das jetzt, politisch gesprochen, ein Plädoyer für einen linken Liberalismus?

HELMUT DAHMER: Nein. Es sei denn, der »Sozialismus« werde neuerdings nicht mehr bei seinem Namen genannt und (aus Verlegenheit) »linker Liberalismus« getauft. Wenn die Frage aber darauf zielt, was ein isolierter Sozialist oder eine linke Gruppierung heute tun soll, sage ich, daß es zunächst einmal darauf ankommt, zu verstehen, was da alles über uns hinweggerollt ist, nicht nur in den letzten zehn, sondern in den letzten 70 Jahren. Daß wir noch einmal von neuem darüber nachdenken müssen, was von Menschen unserer Orientierung unter anderen geschichtlichen Voraussetzungen versucht wurde und warum es mißlang. Daß wir einsehen müssen, daß das »Maximalprogramm«, die revolutionäre Überwindung des Kapitalismus als eines internationalen Wirtschaftssystems, für unsere Generation nicht mehr – wie noch für die Generation Lenins oder Luxemburgs – auf der Tagesordnung steht. Daß sich in unserer Gegenwart das (frühere) »Minimalprogramm« wie ein Maximalprogramm ausnimmt: Die weltweite Verteidigung der Menschen- und Bürgerrechte, die Verteidigung und Generalisierung der in den kapitalistischen Kernländern etablierten sozialstaatlichen Leistungen für jedermann, der Kampf für den Verzicht auf Kernreaktoren und Kernwaffen, für Abrüstung und für eine Neuverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zwischen Arm und Reich auf nationaler und internationaler Ebene...

Die wichtigste Aufgabe eines sozialistischen Intellektuellen sehe ich heute und morgen darin, sich jeder »substitutionalistischen«, also Stellvertreter-Politik zu widersetzen, mit keiner nationalkommunistisch-terroristischen Bewegung oder Diktatur zu paktieren und in Theorie und Praxis die Basis- oder Rätedemokratie zu verteidigen, wie uns das die russische und internationale »Linke

Opposition« in den zwanziger und dreißiger Jahren vorgemacht hat.

Diejenigen sozialistischen Intellektuellen, die mit dem ABC der Sozialwissenschaften vertraut sind, das heißt auch mit den Theorien von Marx, Freud und Trotzki, sollten die Zeit, die uns bis zur nächsten Katastrophe bleibt, für den Entwurf einer kritischen Theorie der Weltgesellschaft am Ausgang des 20. Jahrhunderts nutzen. Und sie sollten alles daransetzen, sich Gehör zu verschaffen, indem sie ihre Diagnosen und Prognosen in einige wenige, für Mehrheiten akzeptable Minimal-Forderungen übersetzen und öffentlich für ein solches »Aktionsprogramm« eintreten.

Die gegenwärtig noch in Gruppen und Sekten organisierten Sozialisten werden noch Jahre brauchen, um sich mit ihrer eigenen Vergangenheit auseinanderzusetzen und sich in der seit 1989 veränderten Welt zurechtzufinden. Sie leben zum großen Teil noch in einer vergangenen Phase der Arbeiterbewegung, sind gleichsam deren Fossile.

CHRISTOPH JÜNKE: Und für solche Gruppierungen gilt das skizzierte Programm einer Selbstreform des Bewußtseins?

HELMUT DAHMER: Ja. Sie müssen die Geschichte ihrer Organisation aufschreiben, wie ihre Vorgänger das in den Ebbezeiten sozialrevolutionärer Bewegungen des 19. Jahrhunderts getan haben. Die politische Tätigkeit solcher überlebender Gruppen der alten Linken ist nicht vergeblich, denn Traditionen werden nicht nur in Gestalt von dicken Büchern und gelehrten Traktaten überliefert. Sie müssen immer auch ein Stück weit »nachgelebt« werden – in Diskussionsklubs und Propagandazirkeln. Die immense Mühe, die es kostet, eine eigene Zeitschrift herauszugeben und einen organisatorischen Zusammenhalt aufrechtzuerhalten, ist nicht vertan. Verliert die enttäuschte und geschlagene Linke ihren organisatorischen Zusammenhalt, dann wird ein Großteil der isolierten Oppositionellen der Faszination, die von den bestehenden Machtverhältnissen ausgeht, erliegen.

CHRISTOPH JÜNKE: Und Helmut Dahmers Beitrag zu einer Erneuerung einer linken Politik ist, neben seiner Vorlesungstätigkeit, die Herausgabe der Trotzki-Schriften?

HELMUT DAHMER: Ja, unter anderem. Ich möchte einen politischen Klassiker des zwanzigsten Jahrhunderts, der dem Bürgertum feind und den Stalinisten ein Greuel war, und bei dem man sich aus erster Hand über die russische Revolution, Stalins totalitäre Despotie, den »Großen Terror« und die Alternativen dazu informieren kann, durch eine wissenschaftliche Edition seiner Schriften für die Überlieferung retten. Bei den Trotzki-Schriften, von denen bisher vier Teilbände (mit je etwa 600 Seiten) erschienen sind, handelt es sich um eine thematisch und chronologisch geordnete Auswahl aus Trotzki zwischen 1900 und 1940 entstandenem Œuvre (20 Bände, also ein Viertel des auf 80 Bände geschätzten Gesamtwerks). Die Ausgabe soll einen zuverlässigen und gut lesbaren Text bieten, der

»Wir verabscheuen die byzantinische Philosophie des Widerrufs, derzufolge die Anerkennung der Einheit der Partei in der Epoche der proletarischen Diktatur den Verzicht auf die Auffassungen bzw. auf die Verteidigung der Auffassungen voraussetzt, die die gegenwärtige Führung, um ihr ›Prestige‹ zu wahren, für unzulässig erklärt und sie sogar entschlossen ist, mit den Mitteln der Staatsmacht zu verfolgen. Wir hielten es für kriminell, hätten wir unseren harten innerparteilichen Kampf in den vergangenen fünf Jahren für Ideen geführt, von denen man sich auf Kommando oder aus Angst vor einem Parteiaus-schluß einfach lossagen könnte. Die Arbeit für die Partei ist vom Kampf für die richtige politische Linie nicht zu trennen. Verächtlich sind Pseudo-Parteimitglieder, die das Risiko eines zeitweiligen Verzichts auf das Parteibuch – eines zweifellos schwerwiegenden Verzichts – höher bewerten als die Pflicht, für die grundlegenden Traditionen der Partei und deren Zukunft zu kämpfen.«

Leo Trotzki: Erklärung an den VI. Kongreß der Kommunistischen Internationale (12. Juli 1928), in: Trotzki Schriften. Linke Opposition und IV. Internationale 1927-1928, Bd. 3.2.

der stilistischen Raffinesse des Historikers und Literaturkritikers gerecht wird. Die ausführliche Kommentierung dient dazu, die Kluft zu überbrücken, die den heutigen Leser von der Erfahrungswelt Trotzki und seiner Generation trennt.

CHRISTOPH JÜNKE: Das hat sich als ein mühsames Unterfangen erwiesen. 1971 hast Du den ersten Anlauf zur Herausgabe einer deutschen Werkausgabe Trotzki gemacht. Nach der Veröffentlichung der Trotzki-Schriften über Deutschland scheiterte dieser Versuch. Ende der achtziger Jahre unternahmst Du einen zweiten Versuch. Vier von ca. 20 Teilbänden sind bereits erschienen, vier stehen kurz vor der Veröffentlichung, zwei weitere sind so gut wie fertig. Eigentlich sollten schon alle Bände veröffentlicht sein. Doch die Arbeit zog sich unerwartet hin. Für den Rest der Edition gibt es nun keine Mittel mehr. Warum die Verzögerungen, warum ist das Gesamtprojekt gefährdet?

HELMUT DAHMER: Unser Team hatte gelegentlich Kontakt zu Wissenschaftlern, die an der MEW- und an der MEGA-Ausgabe mitarbeiteten. Die haben uns erstaunt gefragt: Eure kleine Gruppe produziert diese Bände? Denn sie waren natürlich an eine ganz andere Infrastruktur gewöhnt, an ein Team nicht von drei, sondern vielleicht von 20 hauptamtlichen Mitarbeitern...

Der jeweiligen Thematik entsprechend, machen die wissenschaftlichen Kommentare 20 bis 40 Prozent des Gesamtvolumens der von uns edierten Bände aus. Das ist ein aufwendiges Unternehmen. Es verlangt eine besondere Schulung der Mitarbeiter, die die Kommentare erarbeiten. Zu meinem Erstaunen führte die Delegation von Aufgaben, die Aufteilung der Arbeit unter mehreren Team-Mitgliedern zunächst keineswegs zu einer wesentlichen Beschleunigung der editorischen Arbeit. Es dauerte ein paar Jahre, bis wir verbindliche Standards der Kommentierung, der Textüberarbeitung und Übersetzungskontrolle und entsprechende Kooperationsformen entwickelt hatten. Ich habe seit Mitte der achtziger Jahre zehn, zwanzig Russisch-Deutsch-Übersetzer und Übersetzerinnen geprüft, von denen schließlich zwei, drei den Löwenanteil der bisherigen Übersetzungsarbeit geleistet haben. Als schließlich vier Bände erschienen, zwei weitere weitgehend fertiggestellt waren, wir über eine Spezial-Bibliothek von ein paar tausend Bänden verfügten und den ganzen Betrieb auf EDV umgestellt hatten, verlor die »Hamburger Stiftung für Wissenschaft und Kultur«, die uns bis dahin großzügig gefördert hatte, im Mai 1993 plötzlich das Interesse an dem Projekt und stellte (Ende 1994) ihre Zahlungen ein.

CHRISTOPH JÜNKE: Aus welchen Gründen?

HELMUT DAHMER: Ohne Diskussion und ohne Angabe von Gründen. Aber natürlich dauerte das alles – nach Meinung der Geldgeber – viel zu lange und wurde viel zu teuer. Wir hatten bis dahin eine Anschubfinanzierung von ein paar Millionen Mark erhalten; eine Weiterfinanzierung bis zum Jahre 2002 war in Aussicht gestellt. Wir versuchten dann, die Arbeit an den 4 Teilbänden »Linke

Opposition und IV. Internationale« (insgesamt 2.500 Seiten) zu forcieren und – parallel dazu – die Übersetzungs- und Kommentierungsarbeit für die von uns geplante, vollständige Dokumentation von Trotzki's literaturkritischen Essays (die Bände 5.1 und 5.2) zum Abschluß zu bringen. Die Arbeit an den beiden Teilbänden des geplanten 4. Bandes, in dem erstmals sämtliche Trotzki-Texte zur Theorie der »Permanenten Revolution« dokumentiert werden sollten, mußte (nachdem etwa ein Zehntel der Texte übersetzt worden war) abgebrochen werden.

Ich mußte 1994 die eingearbeiteten, hoch qualifizierten Mitarbeiter entlassen und unser (Frankfurter) Büro schließen. Die Bibliothek wurde, wegen fehlender Räume, auf die Universitäten Mannheim und Darmstadt aufgeteilt.

Trotz aller Schwierigkeiten haben wir knapp die Hälfte des Gesamtprojekts und den Großteil der Erst- und Neuübersetzungen (aus dem Russischen) bewältigt. Die zweite Hälfte der Edition (also die Themenbände 4 und 6-10) wäre, wenn es denn dazu kommen sollte, übersetzungs- und kommentartechnisch leichter zu erarbeiten. (Zur Realisierung der noch »fehlenden« Bände wäre dementsprechend auch nur noch etwa ein Drittel der Gesamtkosten der Edition aufzubringen.) Bei kontinuierlicher Weiterfinanzierung wären die geplanten 10 Themenbände (in 20 Teilbänden) bis zum Jahre 2002 auf dem Markt gewesen...

CHRISTOPH JÜNKE: Was ist nun der Stand der Arbeit?

HELMUT DAHMER: Von den vier Teilbänden des Bandes 3 (»Linke Opposition und IV. Internationale«) sind drei druckfertig, der vierte kann nur als Textband ohne Kommentar erscheinen. Die Bände 3.1 und 3.2 werden im Herbst 1998 herauskommen. Der erste Teilband des Bandes 5, der Literatur-Schriften, ist fertiggestellt und bedarf lediglich einer Schlußredaktion. Da die DFG uns 1997 für die Erstellung der Kommentare zum 2. Halbband (5.2) nur eine halbe Stelle bewilligte, wird sich die Arbeit an diesem Teilband bis Herbst 1999 hinziehen.

Unser Verlag, Rasch und Röhring in Hamburg, hat eine schwierige Zeit hinter sich. Er ist noch immer außerstande, die Herstellungskosten (die pro Teilband immerhin 40.000 DM betragen) vorzuschießen. Obwohl es sich bei diesen Herstellungskosten nicht um einen verlorenen, sondern um einen (aus den Verkaufserlösen) rückzahlbaren Vorschuß handelt, konnten wir bisher weder einen Mäzen, noch eine Stiftung finden, die sich bereitgefunden hätte, einen solchen (vergleichsweise geringen) Betrag auf Zeit in die Trotzki-Edition zu investieren.

Die wirklichen Gründe der derzeitigen Finanzierungsschwierigkeiten bestehen natürlich darin, daß Trotzki im Bewußtsein von Mäzenen und Stiftungen mit der Oktoberrevolution und mit dem Schicksal der Sowjetunion verbunden ist. Mitgefangen – mitgehungen. Er war (neben Lenin) der Hauptverantwortliche für den Oktoberaufstand; er war der Organisator des Sieges der Roten Armee im Bürgerkrieg. In den Augen seiner Kritiker macht es ihn nicht sympathischer, daß er seit 1923 der hellstichtigste und mili-

tanteste Kritiker des sich herausbildenden Stalinismus war, denn Trotzki attackierte Stalins totalitäres Regime, weil es die Arbeiter-selbstverwaltung in der Sowjetunion und Arbeiterrevolutionen in Deutschland oder in Spanien blockierte...

»Das ist doch jetzt alles nur noch Geschichte«, hören wir oft, wenn wir für unser Projekt werben. Mit diesem Argument könnte man freilich auch die Finanzierung einer Machiavelli-, Robespierre-, Fourier- oder Blanqui-Ausgabe ablehnen.

CHRISTOPH JÜNKE: Trotzdem bist Du optimistisch?

HELMUT DAHMER: Ich hoffe, die ersten 9 Teilbände und einen unkommentierten 10. Band bis zum Jahre 2002 auf dem Markt zu haben. Ob sich das Projekt darüber hinaus weiterführen läßt, ist derzeit leider ganz ungewiß. Aber ich habe die Hoffnung, wenigstens einzelne Bände noch realisieren zu können.

Ein Beispiel: Trotzki's Stalin-Biographie wurde vor Jahrzehnten nach einer problematischen (gekürzten) amerikanischen Ausgabe ins Deutsche übersetzt. Sie ist längst vergriffen. Inzwischen ist in den USA eine neue, vollständige, zweibändige Version in russischer Sprache erschienen, die man nur zu übersetzen braucht. Alle Welt redet gegenwärtig (wieder) von »Totalitarismus«. Doch Trotzki's erhellende Studie des Menschen Stalin und des von ihm errichteten totalitären Regimes ist so gut wie unbekannt. Es müßte doch mit dem Teufel zugehen, wenn sich nicht jemand fände, der dieses wichtige und vergleichsweise billige Projekt finanziert. Auch eine erweiterte Version der (ebenfalls vergriffenen) Schriften über Deutschland, also von Trotzki's Faschismus-Analysen, halte ich für realisierbar. Man könnte in eine erweiterte Ausgabe seinen Briefwechsel mit deutschen Emigranten und seine Warnungen vor dem exterminatorischen Antisemitismus aufnehmen.

HELMUT DAHMER: Trotzki sagte einmal, ohne eine gut gefüllte Kasse könne man weder Krieg führen, noch Revolution machen. Ich füge hinzu: nicht einmal eine Edition.